



Ratsfraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft „Mehr Meerbusch“

40667 Meerbusch, Düsseldorfer Straße 81a, Telefon: 02132-5159617, uwg-ratsfraktion-meerbusch@arcor.de

Bürgermeister
Dieter Spindler
Rathaus
Dorfstraße 20
40667 Meerbusch-Büderich

per Mail: dieter.spindler@meerbusch.de

Meerbusch, 02.12.2013

Anträge Haushaltsberatungen 2014
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss am 5. Dezember 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Spindler,

nachfolgend möchte die UWG Ratsfraktion Meerbusch Ihnen anlässlich der Haushaltsberatungen 2014 folgende Anträge zur Beschlussfassung überreichen:

Antrag 1:

Die UWG-Ratsfraktion beantragt, die geplanten Investitionen in Straßenbeleuchtung (7852) in Höhe von 222.000 € zu streichen und das Kompletterneuerungsprogramm zunächst auszusetzen.

Begründung:

Die Verwaltung hat auf Nachfrage im Bau- im Umweltausschuss erläutert, dass das Ziel der Maßnahme weder eine Kosten- noch eine CO2-Einsparung sei. Vielmehr werde die Beleuchtung ausgetauscht aus Gründen des Alters. Nach Auffassung der Wählergemeinschaft sollte eine Investition in die Beleuchtung falls überhaupt, dann deshalb erfolgen, um laufende Kosten zu senken und/oder die Umwelt zu entlasten. Hinzu kommt, dass die Anlieger die neue Beleuchtung anteilig bezahlen müssen und in der überwiegenden Zahl der Fälle die Notwendigkeit für sie nicht erkennbar ist.

Antrag 2:

Die UWG Ratsfraktion beantragt, 100.000 EURO in den Haushalt einzustellen und damit die Ampelschaltung auf der Moerser- bzw. Düsseldorferstraße in Büderich so umstellen zu lassen, dass die Dauerstaus aufhören.

Begründung:

Die Verwaltung hat im Bau- und Umweltausschuss erläutert, dass zur Optimierung des Verkehrsflusses rund 100.000 EURO erforderlich seien. Diese hätten bisher nicht zur Verfügung gestanden. Mit einer Optimierung des Verkehrsflusses in Büderich leistet die Stadt Meerbusch einen wichtigen Beitrag zu den selbst gesteckten Klimaschutzziele im Rahmen ihres Klimaschutzkonzeptes. Durch die Dauerstaus entsteht eine nicht mehr akzeptable Belastung für Anwohner und Umwelt. Die Maßnahme kann aus den eingesparten Mitteln für die bisher geplante Erneuerung der Straßenbeleuchtung finanziert werden.

Antrag 3:

Die UWG Ratsfraktion beantragt, die für verschiedene Maßnahmen des Tiefbaus geplanten Mittel (7852) zu halbieren.

Begründung:

Aus dem in der Septembersitzung ausgeteilten Finanzstatus des Kämmers geht hervor, dass die für 2013 eingeplanten Mittel bis zum Ende des Jahres 2013 nur knapp zu Hälfte verausgabt worden sein werden. Da die begonnenen Projekte in 2014 zu Ende geführt werden müssen, ist davon auszugehen, dass auch bei gekürztem Etat weiterhin genügend Mittel zur Verfügung stehen. Aufgrund der Finanz- und Schuldsituation der Stadt Meerbusch ist eine Reduzierung der Investitionen dringend angeraten.

Antrag 4:

Die UWG Ratsfraktion beantragt eine Nachhaltigkeitssatzung in Meerbusch zu beschließen, siehe Anlage (Beispiel Stadt Wülfrath).

Begründung:

In unserer Stadt darf nicht nur die Gegenwart gesehen werden. Eine nachhaltige Politik hat immer auch die Zukunft im Blick. Schulden bzw. die daraus resultierenden Tilgungs- und Zinslasten mindern die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen.

Ein weiterer Anstieg der städtischen Verschuldung muss daher unbedingt verhindert werden. Falls finanzielle Spielräume entstehen, muss die Verschuldung zurückgefahren werden. Das zu erreichen ist Ziel dieser Nachhaltigkeitssatzung.

Antrag 5:

Die UWG Ratsfraktion beantragt die „Umsetzung / Einrichtung Hausmeisterpool“ innerhalb der Meerbuscher Stadtverwaltung.

Begründung:

Die Pflege der Vermögenswerte gehört zu den wichtigen Aufgaben einer Stadt Meerbusch.

Hierzu benötigt man ein umfassendes Gebäudemanagement. Um eine weitere und noch effizientere und kostengünstigere Lösung zu erreichen, sollten die Hausmeister in einem Pool zusammengefasst werden. Hierdurch hätte man eine schlagkräftige Truppe von technischen Mitarbeitern, die eine Vielzahl von Arbeiten in Eigenregie erledigen könnte.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Umsetzung dieser Maßnahme durch die Stadt Langenfeld zu Kosteneinsparungen von jährlich zwischen 1 bis 1,5 Millionen Euro führt.

Antrag 6:

Die UWG Ratsfraktion beantragt den Verkauf städtischer Immobilien / Wohnungen die nicht unmittelbar Verwaltungsaufgaben dienen.

Begründung:

Dieser hier genannte Immobilienbestand soll verkauft werden. Der Erlös soll als Sondertilgung für den Schuldenabbau der Stadt Meerbusch verwendet werden.

Es gibt mehrere Immobilien der Stadtverwaltung Meerbusch, die nicht für die Erfüllung der städtischen Aufgaben benötigt werden und an Privatpersonen vermietet sind.

Hier bestehen große Diskrepanzen zwischen den Kosten welche die Stadt Meerbusch aufwenden muss und den Mieteinnahmen (einschließlich Nebenkosten).

Die von der Stadt Meerbusch verlangten Mieten liegen weit unter den marktüblichen Mieten. Diese Immobilien sollten veräußert werden.

Antrag 7:

Die UWG Ratsfraktion beantragt eine Zusammenlegung folgender Bereiche mit anderen Städten und Gemeinden: Stadtkasse, Personalmanagement, Service Recht, Finanzbuchhaltung, Finanzmanagement, IT-Management, VHS und Musikschule.

Begründung:

Die Interkommunale Zusammenarbeit ist eine zukunftsweisende Strategie mit hohem Potenzial.

Die Bevölkerungsentwicklung, die knappen finanziellen Ressourcen, die technologische Entwicklung, der wachsende Wettbewerb der Regionen im europäischen und globalen Kontext sowie die gestiegenen Erwartungen der Bürger und Unternehmen an Art und Qualität kommunaler Leistungen stellen immer größere Anforderungen an Kommunen.

Kooperationen ermöglichen einen wirtschaftlicheren Einsatz finanzieller, personeller und technischer Ressourcen. Es ergeben sich Spezialisierungs- und Größenvorteile sowie Synergieeffekte.

Die Zusammenlegung identischer Prozesse verringert Doppelstrukturen in der Aufgabenerfüllung, so dass langfristig kostensparende Verwaltungsstrukturen entstehen.

Spezialisiertes Fachpersonal kann für mehrere Verwaltungen eingesetzt werden; dadurch können Personalkosten gesenkt und effiziente Arbeitsstrukturen geschaffen werden.

Anfrage:

Die UWG Ratsfraktion bittet die Verwaltung um Erläuterung, wie sich der Erwerb beweglichen Anlagevermögens (7831-7832) im Einzelnen zusammen setzt und ob die Maßnahmen (2,193 Mio EURO) verschoben werden können.

Begründung:

Aufgrund der Finanz- und Schuldsituation der Stadt Meerbusch ist eine Reduzierung der Investitionen dringend angeraten. Der Erwerb von beweglichem Anlagevermögen gehört dazu. An einigen Stellen ist nicht nachvollziehbar, warum es keine Alternative zu einer Investition in 2014 geben soll (z.B. in Serverfarmen).

Mit freundlichen Grüßen
Christian Staudinger-Napp

Fraktionsvorsitzender